

Ein Wohnhaus stoppt die Abstimmung

Vorrangzonen: Der neue Flächennutzungsplan der Stadt Salzkotten muss an einer Stelle abgeändert werden. In einer Sondersitzung in den Sommerferien soll endgültig abgestimmt werden

Von Marco Schreiber

■ **Salzkotten.** Es geht um 0,68 Hektar, einen fünfjährigen Beratungsmarathon und Unternehmen, die im Stadtgebiet von Salzkotten Windräder bauen wollen. Vergangenen Donnerstag hatte der Bau- und Planungsausschuss nach zweistündiger Diskussion den Flächennutzungsplan abgesegnet, der dafür Vorrangzonen vorsieht.

Am Montag sollte der Stadtrat seine Zustimmung geben, doch eine E-Mail brachte dieses Vorhaben kurzfristig ins Wanken. Am Freitag um 10.24 Uhr habe man neue Anhaltspunkte erhalten, dass für ein Grundstück am Mühlenholzweg auf dem Stadtgebiet von Paderborn ein Wohnrecht vorläge, sagte Bürgermeister Ulrich Berger. Das Grundstück im Ortsteil Wewer liegt nur wenige Meter von der Stadtgrenze zu Salzkotten entfernt und in der Nähe eines möglichen Standorts für ein Windrad.

Weil man sich bei der Planung der Windvorrangzonen einen Abstand von 300 Metern zur Wohnbebauung auferlegt hat, muss der Flächennutzungsplan an dieser Stelle überarbeitet werden. Betroffen seien 0,68 Hektar der 233 Hektar Fläche, die neu überplant worden ist.

Die Nachricht über das wahrscheinliche Wohnrecht kam für die Verwaltung einigermassen überraschend. So stellt sie es zumindest in der Ratssitzung dar. Eine entsprechende Anfrage habe die Stadt



Seit Jahrzehnten bewohnt: Ausweislich eines Bauantrags von 1950 ist auf dem Grundstück an der Stadtgrenze zu Salzkotten seit jeher ein Wohnrecht vorhanden.

FOTO: MARCO SCHREIBER

Paderborn nach Angaben von Bürgermeister Berger nämlich zunächst verneint. Erst danach hätten sich die Bewohner des Grundstücks gemeldet und per E-Mail die Kopie einer Bau- samt Wohngenehmigung zugeschickt, die bereits 1950 erteilt worden ist. Eine erneute Nachfrage bei der Stadt Paderborn habe nun ergeben, dass dieses Wohnrecht vermutlich doch existiere. Berger: „Das haben wir erst am Nachmittag erfahren“, kurz

vor der entscheidenden Ratssitzung also.

Bei der FDP stieß diese Darstellung auf Kritik. Brigitte Kesternich wollte wissen, warum man nicht die Familie befragt habe, die dort seit Jahren wohnt, sondern sich mit der Auskunft der Stadt Paderborn zufrieden gegeben habe. Christoph Sonntag sagte nach der Ratssitzung, die Verwaltung habe damit die Rechtmäßigkeit des gesamten Planungsverfahrens riskiert.

Stattdessen wurde die Beschlussvorlage für die Ratssitzung im Eiltempo umgeschrieben. Damit der neue Flächennutzungsplan bestehen kann, muss an der fraglichen Stelle die Prozedur der Offenlegung und Beteiligung wiederholt werden, wenn das Wohnrecht von der Stadt Paderborn bestätigt wird. Zwar könne das Verfahren zeitlich verkürzt werden, umgehen ließe es sich jedoch nicht.

Damit die Investoren ihre

Anträge auf den Bau von Windrädern noch in diesem Jahr genehmigt bekommen können, entschied sich der Stadtrat auf Vorschlag des Bürgermeisters für eine Sondersitzung in den Sommerferien.

Dem stimmten die Fraktionen von CDU und SPD zu. FDP, Linke und Grüne stimmten mit Nein. Letztere sind auch nach dem fünfjährigen Beratungsmarathon mit dem neuen Plan unzufrieden.